

Philippinen – Landraub zur Erschließung von Rohstoffen und Bodenschätzen

Vortrag von Dr. Jochen Range, Philippinenkoordinator der deutschen Sektion von Amnesty International, auf dem Seminar von Amnesty International, 10. bis 12. Oktober 2008 in Fulda, unter dem Titel: Weggeräumt - Wo das Recht auf ein Zuhause nichts wert ist.

Zusammenfassende Einführung

Philippinische Nichtregierungsorganisationen erhielten am 22. März 2008 in Manila die Nachricht, dass der Bauer Emilio Pumihic aus der Ortschaft Didipio in der Provinz Nueva Vizcaya angeschossen und schwer verwundet wurde¹. Täter waren Zeugen zufolge Sicherheitskräfte des australischen Bergbauunternehmens OceanaGold Philippines, Inc. Ein Angehöriger der Sicherheitskräfte feuerte aus nächster Nähe auf Emilio Pumihic, als dieser versuchte, das Haus seines Nachbarn vor einem Abrissteam von OceanaGold zu retten. Seit Dezember 2007 wurden mehr als hundert Häuser von Indigenen ohne gerichtliche Grundlage abgerissen. Die Bewohner erhielten keine oder nur eine sehr geringe finanzielle Entschädigung dafür, dass sie ihre Häuser räumen und ihr Land verlassen mussten.

Diese Zwangsräumung zugunsten von Rohstoffkonzernen ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo fördert den Bergbau ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Das Land ist reich an mineralischen Bodenschätzen, vor allem an Gold und Kupfer. Mindestens 23 Gebiete wurden 2006 von der Regierung für den Bergbau mit Priorität ausgewiesen, davon 18 Gebiete mit insgesamt 5 Millionen Hektar² in Wohngebieten der insgesamt etwa 12 bis 15 Millionen indigenen Einwohner, die von den 30 Millionen Hektar Fläche der Philippinen etwa ein Drittel besiedeln. Im September 2007 wurde die Anzahl der prioritären Projekte auf 32 erhöht³. Insgesamt sind zurzeit bis zu 30 Prozent des Landes potenzielle Bergbaugebiete. In fast allen bereits betriebenen Projekten ließen die jeweiligen Bergbauunternehmen, häufig unterstützt durch Polizei oder Militär, die Häuser der indigenen Bewohner zerstören. In einer Reihe von Fällen, mutmaßlich seit 2001 mindestens 18⁴, fielen aktive Gegner des Bergbaus politischem Mord zum Opfer.⁵

Soweit die Bewohner der für den Bergbau ausgewiesenen Gebiete nicht gewaltsam vertrieben werden, entziehen ihnen der rücksichtslose Bergbau und die damit fast immer verbundene Umweltzerstörung häufig die Lebensgrundlagen. Im Jahr 1996 brach der Damm eines Klärbeckens auf der Insel Marinduque. Dadurch gelangten Millionen von Tonnen hochgiftiger schwermetallbelasteter Klärschlämme, die beim Goldbergbau anfallen, in den Fluss und zerstörten Lebensgrundlage und Gesundheit der Bewohner entlang des Ufers. Der Fluss war auf lange Zeit biologisch tot.

Bergbau geht nicht nur auf den Philippinen mit einer Schädigung der Umwelt und schweren Menschenrechtsverletzungen einher. In vielen Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas zerstören rücksichtslose Bergbauunternehmen die Lebensgrundlagen und den Wohnraum der Einwohner, unter Duldung oder sogar Förderung der Regierungen. Die Weltbank, die Asian Development Bank und weitere internationale Finanzinstitutionen – aber auch deutsche Banken als Anteilseigner oder Kreditgeber⁶ – fördern und finanzieren den Bergbau, fordern wirtschaftsfreundliche Gesetze und weniger Einmischung des Staates. Die globalen Bergbauunternehmen sitzen vor allem in drei Finanzzentren, in London, Toronto und Melbourne.

Auf den Philippinen können alle diese negativen Begleitumstände rücksichtslosen großindustriellen Bergbaus und ungezügelt Unternehmertums wie unter einem Brennglas betrachtet werden. Zum einen, weil es sehr aktive Nichtregierungsorganisationen im Land gibt, die gemeinsam mit weltweit arbeitenden NGOs wie Oxfam, Mining Watch, CAFOD und anderen Zeugen vor Ort befragen und die Probleme hervorragend dokumentieren. Zum anderen, weil die Regierung Arroyo den Bergbau mit besonderer Rücksichtslosigkeit vorantreibt. Zwar wurden viele Gesetze zum Schutz indigener Bewohner in Bergbaugebieten erlassen, aber viele dieser Gesetze stehen nur auf dem Papier, sind kaum einklagbar oder werden von Verwaltung, Polizei, Armee und Richtern schlichtweg ignoriert. Auch der Nutzen extensiven Bergbaus für die Philippinen insgesamt erschließt sich dem kritischen Beobachter nicht ohne weiteres. Die Regierung gewährt den ausländischen Bergbauunternehmen Privilegien, die nach Ansicht von Kritikern einem Ausverkauf der heimischen Bodenschätze gleichkommt. Das philippinische Bergbaugesetz erlaubt eine hundertprozentige Eigentümerschaft des Bergbaus durch ausländische Unternehmen, eine fünfjährige Steuerfreiheit, einen steuer- und zollfreien Import von Investitionsgütern und eine hundertprozentige steuerfreie Überweisung von Gewinnen in ihre Heimatländer. Somit ist eine Beteiligung der Einwohner von Bergbaugebieten an den Gewinnen offenbar ausgeschlossen. So liegt der Verdacht nahe, dass die bergbaufreundlichen Gesetze vor allem dadurch zustande kamen, dass Parlamentarier bestochen wurden, die industriefreundlichen Gesetze nach verschiedenen Berichten das Ergebnis erfolgreicher Lobbyarbeit der internationalen Rohstoffkonzerne sind..

Die frühere englische Entwicklungsministerin und jetzige Parlamentsabgeordnete Clare Short, Leiterin einer internationalen Mission über die Auswirkung von Bergbauprojekten im Juli und August 2006, schrieb im Abschlussbericht⁷: „Ich habe niemals etwas so systematisch Destruktives gesehen wie das Bergbauprogramm der Philippinen. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind ebenso katastrophal wie die Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Menschen.“ Sie merkte weiter an, dass sowohl die philippinische Regierung wie auch die Bergbauunternehmen es versäumt hätten, nationale und internationale Standards zu beachten.

Die philippinische Regierung wird auch entschieden von der katholischen Bischofskonferenz der Philippinen CBCP kritisiert. In einer Grundsatzerklärung vom 29. Januar 2006⁸ erklärten die Bischöfe, die Bergbauprojekte verletzen in der gegenwärtigen Form das Recht auf Leben. Sie forderten den Stopp aller Projekte, denen die Regierung Priorität einräumt.

Zwangsräumung im internationalen Recht

Zwangsräumungen (forced evictions) werden definiert als dauerhafte oder vorübergehende Entfernung von Einzelpersonen, Familien oder Gemeinschaften gegen ihren Willen aus ihren Wohnungen oder ihrem Land, ohne ihnen angemessenen Rechtsschutz zu gewähren.

Ein dichtes Netz von internationalen Bestimmungen soll den Schutz der Menschenrechte in Fällen von geplanten oder aktuellen Räumungen und Umsiedlungen gewährleisten⁹. Diese Bestimmungen legen vor allem fest, dass Räumungen nur in Übereinstimmung mit nationalen Gesetzen erfolgen dürfen und nur unter genau beschriebenen Umständen und in angemessenen Vorgehensweisen. Das Recht auf angemessene Wohnung ist im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 garantiert. Zwangsräumungen wurden international zuerst vom UN Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als Menschenrechtsverletzungen verdammt. Seitdem wurden weitere internationale Standards über die Pflicht von Staaten,

Zwangsräumungen zu verhindern, entwickelt. Es besteht internationaler Konsens, dass Zwangsräumungen einen breiten Bereich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte verletzen. Während internationale Juristen sich bereits seit langem mit der Beschlagnahmung von Eigentum befassen, erfahren die Enteignungen indigener Völker erst in den vergangenen Jahren gebührende Aufmerksamkeit. Weitgehende rechtliche Übereinstimmung besteht darin, dass indigene Gemeinschaften das Recht auf Wiedererwerb ihrer traditionellen Gebiete und Naturschätze haben. Wo eine Wiederherstellung oder Einsetzung in ihre Rechte nicht möglich ist, haben sie das Recht auf eine angemessene gleichwertige Entschädigung in Form von Land und sonstigen Ressourcen. Die stärksten Schutzbestimmungen gegen rassistische und ethnische Diskriminierung und willkürliche Vertreibung findet man in den Menschenrechtsbestimmungen des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Trotzdem findet weiterhin in großem Maßstab in vielen Ländern eine systematische Enteignung und Zwangsvertreibung indigener Völker statt.

Ein wesentliches Recht für indigene Völker und andere Gemeinschaften bei Bergbauprojekten, aber auch anderen Projekten, die die Lebensbedingungen stark beeinflussen, ist das Recht auf freie vorrangige und informierte Zustimmung (Free Prior and Informed Consent – FPIC). Verschiedene Industrieunternehmen und einige Regierungen akzeptieren diesen Rechtsgrundsatz nicht, aber er entspricht unzweifelhaft internationalem Menschenrecht, festgelegt etwa in Kommentaren des UN-Komitees zur Eliminierung Rassistischer Diskriminierung oder in der Konvention von 1989 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu Indigenen und Stammesvölkern. Auch in der UN-Erklärung vom September 2007 über die Rechte Indigener Völker gibt es eine Anerkennung des Rechtes auf FPIC.

Vom internationalen zum nationalen Recht

Das internationale Recht zu Zwangsräumungen muss von den Staaten in nationales Recht umgesetzt werden. Sie haben auch die Verpflichtung, im Gebiet ihrer Rechtsprechung und effektiven Kontrolle Zwangsräumungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure zu verhindern.

Die philippinische Regierung hat alle menschenrechtsrelevanten UN-Vereinbarungen unterzeichnet und auch die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker unterstützt.

Die philippinische Verfassung enthält eine Menschenrechtsverpflichtung (Bill of Rights) zur Einhaltung bürgerlicher und politischer Rechte. Auch wurde eine Menschenrechtskommission – CHR – zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen gegründet. Das Gesetz über die Rechte indigener Völker (Indigenous Peoples Rights Act – IPRA) wurde 1997 in Kraft gesetzt. Allerdings wurde IPRA vom Obersten Gericht später im Dezember 2000 durch die Bestimmung ergänzt, dass der Staat das Erstrecht auf die Natur- und Bodenschätze hat, die indigenen Völker hingegen das Recht auf Nutzung des Landes und der Naturschätze. Die freie, vorrangige und informierte Zustimmung (Free Prior and Informed Consent – FPIC) für indigene Völker wurde zur notwendigen Grundlage jedes Projektes in indigenen Gebieten erklärt. Auch das Mitbestimmungsgesetz für lokale öffentliche Körperschaften (Local Government Code) von 1991 bot Mitwirkungsmöglichkeiten zu Entwicklungsprojekten, auch Bergbau, im lokalen Bereich.

Andererseits aber wurden auch Gesetze verabschiedet, die die kollektiven Rechte indigener Gemeinschaften verletzen, wie das Bergbaugesetz (mining act) von 1995, das eine hundertprozentige ausländische Eigentümerschaft über Bergbaugebiete und die Vertreibung indigener Gemeinschaften

aus diesen Gebieten erlaubt. Wirtschaftliche Interessen werden den verfassungsmäßigen Rechten der indigenen Gemeinschaften übergeordnet. Das Gesetz über geschützte Gebiete (National Integrated Protected Area Systems –NIPAS) enthält Einschränkungen der Rechte indigener Völker auch in ihren angestammten Gebiete, wenn sie als Nationalparks erklärt werden. Auch das Forstgesetz erklärt alle bewaldeten Ländereien mit Steigungen über 18 Prozent als Staatseigentum. Dadurch werden viele Indigene, die vorwiegend in den Bergländern wohnen, in die sie sich vor den spanischen Kolonisatoren zurückgezogen hatten, zu unrechtmäßigen Siedlern (Squatters) im eigenen Land. Auch der Local Government Code wird in der Praxis durch die Regierung überspielt oder ignoriert, oder wird durch Bestechung außer Kraft gesetzt. Die wichtige Zustimmungsregelung FPIC wird durch die Festlegung kurzer Fristen zur Konsensbildung aufgeweicht und wird in der Praxis dann auch häufig von den Unternehmungen mit Tricks umgangen. Gefälschte FPIC-Zertifikate, die von Bergbauunternehmen vorgelegt wurden, wurden von der Nationalen Kommission für Indigene Völker (National Commission of Indigenous Peoples – NCIP) akzeptiert, wie im Fall des Projektes der kanadischen TVI-Pacific in Zamboanga del Norte, das weiter unten näher beschrieben wird. Auch werden die Rechte der Indigenen auf FPIC bei Bergbauprojekten außer Kraft gesetzt, wenn das Projekt beschlossen wurde, bevor das Gesetz zum Schutz der Indigenen (IPRA) im Jahr 1997 in Kraft trat.

Zwei ausgewählte Projekte

An zwei gut dokumentierten Bergbauprojekten lassen sich die Probleme des Bergbaus in den Philippinen beispielhaft darstellen. In beiden Fällen fanden Zwangsräumungen statt. In beiden Fällen treten der Staat und staatliche Organe eher als kritiklose Unterstützer der Bergbauunternehmen auf denn als Anwalt der Rechte der betroffenen Menschen. Auch das philippinische Militär lässt sich von Bergbauunternehmungen als Hilfstruppe instrumentalisieren¹⁰. Die beiden ausgewählten Projekte sind der Goldbergbau des kanadischen Unternehmens TVI Pacific (Toronto Ventures Mining) in Mindanao am Mount Canatuan in Siocon in der Provinz Zamboanga del Norte¹¹ und der Gold- und Kupferbergbau des australischen Unternehmens OzeanaGold Philippines, Inc. in Nordluzon in Didipio in der Provinz Nueva Viscaya.¹²¹³

Goldbergbau am Mt. Canatuan

Der Mt. Canatuan ist Teil des Landes der Vorfahren (ancestral domain) des indigenen Volkes der Subanon. Er ist ihr heiliger Berg. Die Region um den Mt. Canatuan gilt als Reiskammer von Zamboanga del Norte. Der Berg selbst ist ein wichtiges Waldgebiet und Ursprung mehrerer Flüsse, die von den Bauern zur Bewässerung ihrer Felder benutzt werden. Die Subanon protestieren seit 1989 gegen den Bergbau der Vorgängerfirma. Im Jahr 2003 wurde das Recht der Subanon auf das Land ihrer Vorfahren am Mt. Canatuan vom philippinischen Präsidenten anerkannt (Certificate of Ancestral Domain Title – CADT). Seit 2004 betreibt TVI einen Tagebau am Mt. Canatuan zur Goldgewinnung. Dabei wird Cyanid benutzt, um das Gold zu extrahieren. Die schwermetallhaltigen Klärschlämme werden in einem Klärbecken hinter einem Damm gelagert. Unter vergleichbaren Umständen wurden auf der Insel Marinduque bei einem Dambruch 1996 Millionen Tonnen giftiger Ablagerungen mit katastrophalen Folgen flussabwärts gespült.

Beim Tagebau der TVI am Mt. Canatuan stellte das Team von Clare Short fest, dass 40 Familien von durch Zwangsräumung vertrieben wurden. Kontrollposten der Firma hinderten die Subanon daran, das Land ihrer Vorfahren ungehindert zu betreten und ihre religiösen Rituale wie Totenehrung zu vollziehen. Der heilige Berg wurde in den Augen der Subanon entweiht. Eine vom Unternehmen

finanzierte Privatarmee SCAA (Special CAFGU Armed Auxiliary) mit einer Stärke von 169 Mann im Jahre 2006 schüchterte die Menschen ein und schikanierte sie, auch durch Schüsse auf Demonstranten. Im Prinzip untersteht eine solche Armee, wenn sie ebenso wie die CAFGUs selbst (Citizen Armed Forces Geographical Unit) als offizielle Miliztruppe gilt, der Überwachung durch das Militär. Reine Privatarmeen wurden auf den Philippinen für illegal erklärt, ihre Auflösung wurde verfügt. Diese Auflage wurde aber nicht konsequent umgesetzt.

Die Subanon legten gegen alle diese unrechtmäßigen Vorgehensweisen von TVI vielfach Protest ein, auch durch Eingaben beim zuständigen Umweltministerium DENR. Die Kommission für Menschenrechte CHR leitete Untersuchungen ein, es gab Anhörungen im philippinischen und im kanadischen Parlament. TVI macht geltend, dass ihr Anspruch auf die Bergbaulizenz gemäß Bergbaugesetz von 1995 vor der Verabschiedung der IPRA 1997 gestellt wurde und somit Vorrang habe. Aber dennoch hätte die Indigenenkommission NCIP pflichtgemäß prüfen müssen, ob die Lizenz MPSA (Mineral Production Sharing Agreement) durch TVI von der Vorgängerfirma rechtmäßig erworben wurde. Auch das Recht der Subanon auf Information und Zustimmung gemäß FPIC hätte von der NCIP eingefordert werden müssen. So aber werfen die Subanon der Kommission Parteinarbeit für das Bergbauunternehmen vor. Die Subanon haben das Vertrauen in die philippinischen Institutionen verloren und mussten sogar hinnehmen, dass ihre Proteste vom Militär mit Gewalt unterdrückt wurden. So beriefen sie im Juli 2008 eine Gukom, eine traditionelle Rechtsprechungssitzung ihres Volkes ein¹⁴. Die Gukom befand die TVI für schuldig, Gewalt gegen Stammesmitglieder ausgeübt zu haben, ihre überlieferten Gesetze gebrochen zu haben, die Würde der Führer der Subanon verletzt zu haben und Schaden an der Umwelt angerichtet zu haben. Die Firma TVI weigerte sich, an der Sitzung teilzunehmen.

Gold- und Kupferbergbau in Didipio

„Zerstöre jetzt, verhandle später“ (demolish now, negotiate later) – nach diesem Grundsatz verfährt die australische Bergbaufirma OceanaGold und lässt mit Bulldozern die Häuser der widerspenstigen indigenen Bewohner von Didipio niederwalzen¹⁵, die ihrem geplanten Tagebau nach Gold und Kupfer im Wege stehen. Ihre vorherige Strategie, die Einwohner von Didipio zu entzweien nach dem altrömischen Motto „divide et impera“ – teile und herrsche - hatte nicht schnell genug zum Erfolg geführt¹⁶. Der Abbau der Erze in der Ortschaft Didipio in der Provinz Nueva Viscaya in Nordluzon soll 2009 beginnen. 75.000 Kilogramm Gold – entsprechend etwa zwei Jahresproduktionen der Philippinen an Gold – und 350.000 Tonnen Kupfer soll die Lagerstätte schätzungsweise enthalten. Dazu müssen mindestens 200 Familien aus ihren Häusern umgesiedelt und ein Damm gebaut werden, der die giftigen Klärschlämme des Goldbergbaus mit Cyanid zurückhält.

Der Goldbergbau in Didipio hat eine wechselhafte Geschichte¹⁷. Diese Geschichte mit ihren vielen Widersprüchen zeigt ein völliges Versagen des Staates. Sie zeigt aber auch die Brüche und Widersprüche innerhalb der betroffenen indigenen Gemeinschaft, die sich die Bergbaufirma zunutze macht und noch verstärkt. Die Geschichte beginnt 1989 mit den Bodenuntersuchungen durch die australische Firma Climax Mining. 1994 werden Gold und Kupfer entdeckt. Im gleichen Jahr erteilt Präsident Fidel Ramos Climax Mining die Schürferlaubnis über 50 Jahre in Form des FTAA (Financial or Technical Assistance Agreement). 1999 schließt der Gemeinderat von Didipio ein Abkommen mit Climax Mining, gegen den Willen vieler Bürger. Das Umweltministerium DENR erteilt im gleichen Jahr ein Zertifikat der Umweltverträglichkeit ECC (Environmental Compliance Certificate). Im Oktober 1999 beantragt die Bürgerinitiative von Didipio eine Volksabstimmung zum Bergbauprojekt. Im

Oktober 2001 hebt das DENR die Schürferlaubnis auf, weil das Projekt nicht sozialverträglich sei. Im Dezember 2001 schließt das Unternehmen wieder eine Vereinbarung (Memorandum of Agreement – MoA) mit Repräsentanten der Gemeinde. Angebliche Unterzeichner aber behaupten, sie hätten ihr Einverständnis nie gegeben. Im August 2002 widerruft der neu gewählte Gemeinderat das Abkommen mit Climax Mining. 2004 erteilt das DENR Climax Mining eine Bescheinigung der Umweltverträglichkeit. Im Februar 2005 ruft Bischof Ramon Villena in der Hauptstadt Bayombong der Provinz Nueva Viscaya zu einem 50-jährigen Aufschub des Bergbaus auf. Im August 2005 bestätigt die philippinische Regierung unter Arroyo die Schürferlaubnis FTAA für Didipio und erteilt die Starterlaubnis für den Abbau. Am 8. März 2006 beantragt die Gemeinde, die Umweltverträglichkeitsbescheinigung ECC des Umweltministeriums DENR aufzuheben. Im November 2006 gibt es einen Zusammenschluss der Firmen Climax Mining und Oceana Gold Limited. Das neue Unternehmen erhält den Namen OceanaGold.

Innerhalb der Gemeinde Didipio gibt es eine Spaltung in Befürworter und Gegner des Projektes. Das Unternehmen nutzt diese Uneinigkeit auch dadurch, dass sie verschiedene hohe Kompensation für Häuser und Grundstücke anbietet. Während einige Einwohner im frühen Stadium bis zu einer Million Peso für einen Hektar Land erhielten, werden später, vor allem nach bereits erfolgtem Abriss der Häuser, wenn vollendete Tatsachen geschaffen sind, maximal 50.000 Peso geboten. Wenn man berücksichtigt, dass grob gerechnet als Minimum zum Überleben einer sechsköpfigen Durchschnittsfamilie ein Betrag von etwa 10.000 Peso im Monat erforderlich ist, kann man den geringen Wert dieser Angebote einschätzen. Im Jahr 2007 wird von der Firma angeboten, 200.000 Peso für den Hektar kultiviertes Land zu zahlen, aber nur nach individuellen Verhandlungen. Ein Hektar kultiviertes Land, etwa mit Zitrusfrüchten bepflanzt, kann aber ein Einkommen von 130.000 Peso im Jahr erzielen. Viele Einwohner berichteten, dass sie von Beauftragten des Unternehmens unter Druck gesetzt wurden. Der Schuss auf Emilio Pumihic am 22. März 2008 aus nächster Nähe kennzeichnet, wie gewalttätig die Beauftragten des Unternehmens OceanaGold bei den Räumungen vorgehen¹⁸.

Als Emilio sah, wie eine Abrissmannschaft der Bergbaufirma begann, das Haus seines Nachbarn und Freundes Samuel Bidang zu zerstören, forderte er das Abbruchteam auf, die Zerstörung zu beenden. Sie stellten ihre Arbeit aber nicht ein. Stattdessen packten ihn zwei Mann des Sicherheitspersonals an den Armen. Als er versuchte, sich zu befreien, feuerte ein Dritter aus nächster Nähe einen Schuss auf ihn ab. Das Geschoss durchschlug seinen Körper und trat im Rücken aus. Er wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht.

Am gleichen Tag wurde Ratsherr Edwardo Ananayo von Didipio von einem Polizeioffizier namens SPO4 Noel Valdez eingeschüchert. Der Polizist schlug ihn ins Gesicht und beschuldigte ihn, die Einwohner gegen das Projekt aufzuhetzen.

Das rücksichtslose Vorgehen der Abrissmannschaft wird in der folgenden Beschreibung ihres Vorgehens deutlich. In der zweiten Februarwoche 2008 wurde das Haus von Romeo Guimbangan durch Bulldozer zerstört, und zwar ohne jede Vorwarnung. Die Familie saß am Frühstückstisch, als die Bulldozer anrollten. Sie bat um Aufschub, um zu prüfen, ob die Zerstörung rechtens sei. Die Abrissmannschaft empfahl, den Gemeinderat zu fragen. Als sich Romeo Guimbangan auf den Weg zum Gemeinderat gemacht hatte, schuf das Abrissteam vollendete Tatsachen und zerstörte sein Haus.

Ein erhebliches Problem für viele Einwohner besteht darin, dass sie auf Land mit einer Steigung von mehr als 18 Prozent siedeln. Nach dem Forstgesetz ist es damit öffentliches Land und OceanaGold weigert sich, in diesem Fall Kompensation zu zahlen, da die Bewohner somit rechtlose Siedler, also sogenannte Squatter seien. Die Klage der Bürgerinitiative, OceanaGold habe nie das Verfahren der informierten Zustimmung gemäß FPIC ernsthaft betrieben, wurde von der philippinischen Regierung abgewiesen. Die Einwohner seien zugewanderte Indigene, es sei nicht ihr angestammtes Land.

Das vorläufig letzte Kapitel in der widersprüchlichen gewalttätigen Geschichte des Goldbergbaus in Didipio ist, dass das Regionalgericht (Regional Trial Court) in Bayombong am 19. Juni 2008 die Zerstörung der Häuser der Indigenen in Didipio für illegal erklärt. Im Juli 2008 zieht die Provinzregierung ihre Unterstützung des Goldbergbauprojektes von OceanaGold Philippines Inc. zurück¹⁹.

Ein Untersuchungsteam aus sieben Nichtregierungsorganisationen vom April 2008 hat eine Reihe Empfehlungen abgegeben, die die Situation in Didipio und das unrechtmäßige Vorgehen von OceanaGold auf den Punkt bringen²⁰. In diesen wird die Kommission für Menschenrechte CHR aufgefordert, weitere Nachforschungen anzustellen, warum die Gewalt in Didipio eskalierte und welche Rolle die philippinische Polizei bei der Zerstörung der Häuser in Didipio spielte. Auch die Verstrickung des von OceanaGold engagierten Sicherheitsdienstes Sagittarius Security Agency, der sich wie eine Privatarmee verhält, des Mordanschlags auf Emilio Pumihic sowie das Gebaren des Unternehmens, die Bevölkerung zu schikanieren und ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Am 10. Juli 2008 meldet Thomson Financial News²¹, dass die Menschenrechtskommission CHR eine Untersuchung wegen Menschenrechtsverletzungen in Didipio gegen OceanaGold eingeleitet hat.

Ausblick

Es gibt zurzeit keine Anhaltspunkte dafür, dass die philippinische Regierung den vielen Empfehlungen der nationalen und internationalen Kritiker folgt und Maßnahmen beschließt, die den Menschenrechtsverletzungen und der Umweltzerstörung beim Bergbau Einhalt gebieten. Die weitestgehenden Forderungen kommen von der katholischen Bischofskonferenz der Philippinen, die einen Stopp für alle mit Priorität ausgewiesenen Bergbauprojekte fordert²². Es ist kaum anzunehmen, dass die Regierung dieser weitestgehenden Forderung Rechnung trägt. Das mindeste aber, das eine Chance eröffnen würde, dass sich vor allem die Situation der meistens indigenen Bewohnern der Bergbaugebiete verbessert, wäre eine Aufnahme und Verwirklichung der Empfehlungen des Indigenous Peoples Rights Monitor beim UPR-Prozess der UN zu den Philippinen 2008²³. Darin wird die philippinische Regierung unter anderem dazu aufgefordert, die Empfehlungen der Philippinenberichte der UN-Sonderberichterstatter Professor Rodolfo Stavenhagen²⁴ und Professor Philip Alston²⁵ mit Dringlichkeit und Priorität verwirklichen. Ein weiterer zentraler Punkt ist eine Revision des Gesetzes für die Rechte der indigenen Völker und anderer Gesetze, die im Widerspruch zur UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) stehen. Das wichtigste aber wäre es, ein Verfahren zu etablieren, um Beschwerden zu Verletzungen des Verfahrens im Sinne der freien, vorrangigen und informierten Zustimmung FPIC, das ja gesetzlich festgelegt ist, nachzugehen und Maßnahmen zu ihrer Behebung zu ergreifen. Dazu gehört es, ein unabhängiges Gremium einzurichten, das zertifiziert, ob ein Verfahren gemäß FPIC in Übereinstimmung mit den Prinzipien steht, wie es vom ständigen UN-Forum über indigene Themen (UNPFii) definiert wird. Entscheidend

aber ist es, der bis auf geringfügige Korrekturen gute Rechts- und Gesetzeslage in der Praxis Geltung zu verschaffen.

Weitere Literatur dazu:

Entwicklungsaggression am Beispiel Bergbau in den Philippinen
Focus Asien, Schriftenreihe des Asienhauses, Nummer 32, Februar 2009

Endnoten:

¹ Ronald A. Gregorio, Legal Rights & Natural Resources Center et al.: Avert the Escalating Violence in Didipio, A Fact Finding Mission Report done in 1-5 April 2008, Barangay Didipio, Kasibu, Nueva Viscaya, S.1, persönlich übersandt an Philippinenkoordination, Amnesty International Deutschland, http://www.amnesty-philippinen.de/Didipio_Fact_Finding_Mission_Report.pdf

² THE HUMAN RIGHTS SITUATION OF INDIGENOUS PEOPLES IN THE PHILIPPINES, SUBMITTED TO THE OFFICE OF THE HIGH COMMISSIONER ON HUMAN RIGHTS, For the Universal Periodic Review of the Philippine Government, SUBMITTED BY: INDIGENOUS PEOPLES RIGHTS- MONITOR (IPR-MONITOR), S.5, [http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/\(httpDocuments\)/3CFC82DD9F21169AC125749B00360363/\\$file/IPRM_PHL_UPR_S1_2008_IndigenousPeopleRightsMonitor_uprsubmission.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/(httpDocuments)/3CFC82DD9F21169AC125749B00360363/$file/IPRM_PHL_UPR_S1_2008_IndigenousPeopleRightsMonitor_uprsubmission.pdf)

³ CIDSE: Recommendations to reduce the risk of human rights violations ..., Submission to the UN Special Representative on Business and Human Rights, Report, Feb 2008, S.40

⁴ <http://dcmiphil.org/dcmi/2008/04/24/anti-mining-and-environmental-activists-endangered/>

⁵ Siehe auch Bericht von Amnesty International 2006 Political Killings, Human Rights and the Peace Process, erhältlich unter <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA35/006/2006/en/dom-ASA350062006en.pdf>
Der vollständige Bericht auf Deutsch ist abrufbar unter: [http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/AlleDok/9714081448240547C125722C003E6EA8/\\$FILE/PhilippinenASA350606.pdf](http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/AlleDok/9714081448240547C125722C003E6EA8/$FILE/PhilippinenASA350606.pdf)

⁶ Eine sehr fundierte Diskussion dazu findet man bei Maïke Grabowski: Deutsches Geld für philippinisches Gold in Südostasien 1, 2008.

⁷ Short reiste mit Repräsentanten der Columban Fathers, der IUCN Commission on Environmental, Economic and Social Policy und dem Irish Centre for Human Rights. CAFOD, TROCAIRE und PIPLINKS waren Mitherausgeber des Berichtes: Fact Finding Mission Report, *Mining in the Philippines: Concerns and Conflicts*, ed. Mara Stankovitch et al., S.i, available under http://www.epolitix.com/fileadmin/epolitix/mpsites/MininginthePhilippines_Report.pdf

⁸ Wie ⁵, S.36

⁹ Eine fundierte Diskussion findet man in *Malcolm Langford and Jean du Plessis, Forced Evictions and Human Rights Law*, erhältlich unter <http://www.cohre.org/store/attachments/Dignity%20in%20the%20Rubble.pdf>

¹⁰ Senator Aquilino Pimentel in International Mining Events, unter: http://www.internationalminingevents2007.ph/press_releases_pimentel.html

¹¹ Wie ⁵, S.32

¹² Ronald A. Gregorio, Legal Rights & Natural Resources Center et al.: Avert the Escalating Violence in Didipio, A Fact Finding Mission Report done in 1-5 April 2008, Barangay Didipio, Kasibu, Nueva Viscaya, persönlich übersandt an Philippinenkoordination, Amnesty International Deutschland, http://www.amnesty-philippinen.de/Didipio_Fact_Finding_Mission_Report.pdf

¹³ 2007 Didipio Case Report von Oxfam, Australien in <http://www.oxfam.org.au/campaigns/mining/ombudsman/cases/didipio>

¹⁴ Tribal justice for Canadian mining company vom 30. Juli 2008 unter: <http://www.survival-international.org/news/3551>

¹⁵ Ein Video der Zerstörung von Häusern in Didipio ist in YouTube zu sehen: http://www.youtube.com/watch?v=_-T5QfDmWGw

¹⁶ Alex Felipe in <http://kapisanan.wordpress.com/2008/07/30/gold-mining-problem-is-not-solb/>

¹⁷ 2007 Didipio Case Report von Oxfam, Australien, in <http://www.oxfam.org.au/campaigns/mining/ombudsman/cases/didipio>, S.9 ff

¹⁸ Ronald A. Gregorio, Legal Rights & Natural Resources Center et.al.: Avert the Escalating Violence in Didipio, A Fact Finding Mission Report done in 1-5 April 2008, Barangay Didipio, Kasibu, Nueva Viscaya, S.3, Amnesty International Deutschland, http://www.amnesty-philippinen.de/Didipio_Fact_Finding_Mission_Report.pdf

¹⁹ OceanaGold Mining's demolition of Didipio houses declared illegal, press release 19. Juni 2008 in <http://rcluzon.blogspot.com/2008/06/oceanagold-minings-demolition-of.html>

²⁰ Ronald A. Gregorio, Legal Rights & Natural Resources Center et.al.: Avert the Escalating Violence in Didipio, A Fact Finding Mission Report done in 1-5 April 2008, Barangay Didipio, Kasibu, Nueva Viscaya, S.5, Amnesty International Deutschland, http://www.amnesty-philippinen.de/Didipio_Fact_Finding_Mission_Report.pdf

²¹ http://www.advfn.com/news_Philippines-to-probe_27271924.html

²² Fact Finding Mission Report, *Mining in the Philippines: Concerns and Conflicts*, ed. Mara Stankovitch et al., Appedix 3, erhältlich unter http://www.epolitix.com/fileadmin/epolitix/mpsites/MininginthePhilippines_Report.pdf

²³ THE HUMAN RIGHTS SITUATION OF INDIGENOUS PEOPLES IN THE PHILIPPINES, SUBMITTED TO THE OFFICE OF THE HIGH COMMISSIONER ON HUMAN RIGHTS, For the Universal Periodic Review of the Philippine Government, SUBMITTED BY: INDIGENOUS PEOPLES RIGHTS- MONITOR (IPR-MONITOR), S.7, [http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/\(httpDocuments\)/3CFC82DD9F21169AC125749B00360363/\\$file/IPRM_PHL_UPR_S1_2008_IndigenousPeopleRightsMonitor_uprsubmission.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/(httpDocuments)/3CFC82DD9F21169AC125749B00360363/$file/IPRM_PHL_UPR_S1_2008_IndigenousPeopleRightsMonitor_uprsubmission.pdf)

²⁴ Bericht UN Special Rapporteur on the situation of human rights and fundamental freedoms of indigenous people, Rodolfo Stavenhagen Mission to Philippines E/CN.4/2003/90/

²⁵ Abschlussbericht 2006 zu den politischen Morden auf den Philippinen von UN-Sonderberichterstatter Philipp Alston, erhältlich unter http://www.amnesty-philippinen.de/A_HRC_8_Philippines_Advance_Edited.pdf